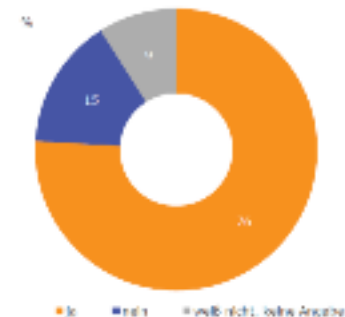




Politikschwerpunkte im Umfrage-Spiegel

Im Rahmen einer Emnid-Repräsentativbefragung zur Evaluation der Arbeit der Landtagsfraktion – durchgeführt im Oktober in Thüringen – wurden 1.000 Wahlberechtigte auch nach inhaltlichen Schwerpunktthemen quer durch das Spektrum linker Politik gefragt. Im Ergebnis belegte „Arbeitsplätze schaffen mit Löhnen, von denen man vernünftig leben kann“, unangefochten Platz 1, gefolgt von „gleiche Bildungschancen für Kinder von Anfang an“ (52%) und „Erhalt der Wirtschaftsstandorte in Thüringen“ (47%).

Nicht überraschend spielten danach die Aspekte „gute Gesundheitsversorgung“ (43%) und „bezahlbare Energiekosten“ (41%) eine große Rolle. Die beiden letzten Ränge belegten die von der Landesregierung so oft strapazierten Themen „Schuldenabbau in Thüringen“ (21%) und die „Verbrechensbekämpfung“ (18%). Es zeigte sich, dass es eine überwältigende Mehrheit (60 bis 80%) dafür gibt, die Dienstleistungen, die durch die Kommunen im Sinne der öffentlichen Daseinsfürsorge erbracht werden, auch künftig durch sie zu gewährleisten. Privatisierungen werden klar abgelehnt. Bei obenstehender Grafik wird die hohe Zustimmung (76%) für die Schaffung eines thüringenweiten Verkehrsverbunds deutlich.



Die Umfrageergebnisse werden in der Fraktion intensiv analysiert und beraten. Insgesamt zeigt sich aber bereits jetzt, dass die Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE mit ihrer Arbeit in den vergangenen vier Jahren weitgehend erfolgreich war und thematisch nah bei den Interessen der Thüringerinnen und Thüringer ist. So wird ihr besonders hohe Kompetenz zugeschrieben bei der Schaffung „gleicher Bildungschancen von Anfang an“ sowie „besserer Lebensbedingungen für Kinder“. Den Spitzenplatz in der Fraktionskompetenz erreicht die LINKE bei der „Bekämpfung des Rechtsextremismus in Thüringen“.

„Es gibt keine Verwaltungs- und Kreisidentität“

Nachdem die CDU in einer Nacht- und Nebelaktion - unmittelbar nach der Plenardebatte zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zur Reform der Landesverwaltung am 21. November im Landtag - gemeldet hatte, den Thüringer Kommunen 136 Millionen Euro zukommen zu lassen, betonte der LINKE Kommunalpolitiker Frank Kuschel zwar die Notwendigkeit dieser Soforthilfe, allerdings erkaufe sich die CDU damit nur einen Aufschub bis nach den Kommunal- und Landtagswahlen 2014.

„Notwendig wäre, diese zusätzlichen Gelder mit konkreten Vorgaben für eine Neustrukturierung der Kommunalverwaltung zu koppeln, alles andere ist ein pures Wahlkampfgeschenk auf Kosten des Landeshaushalts.“ Als bedenklich bezeichnete es Frank Kuschel, dass die SPD ihre vernünftigen Forderungen nach einer zeitnahen Verwaltungs- und Gebietsreform offenbar erneut dem Koalitionsfrieden geopfert habe. Auch aus parlamentarischer Sicht seien die Vorgänge inakzeptabel, „handelt es sich doch um Geld aus dem Landeshaushalt und nicht aus der Parteikasse der CDU“. Die LINKE hat umgehend eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses beantragt und die Vorlage eines Nachtragshaushalts gefordert.

In seiner Rede zur Regierungserklärung hatte Frank Kuschel u.a. die

„längst überholte Dreistufigkeit“ der Landesverwaltung massiv kritisiert. Diese Mittelbehörden könne „niemand tatsächlich kontrollieren“. Zum Schluss entscheide ein Beamter im Landesverwaltungsamt über das Wohl und Wehe der Gemeinden, z.B. wenn Landkreise Zwangsvollstreckungen von Kommunen beantragen, wie es - wegen nicht gezahlter Kreisumlagen - jetzt mehrfach passierte.

Der Landespolitiker verwies auf die Reform-Vorstellungen der Linksfraktion mit einer Zweistufigkeit der Verwaltung und der Umwandlung der Landkreise in Regionalkreise - „ausschließlich vom Land finanziert, was das Konfliktpotential mit den Gemeinden herausnimmt“.

Chance, ein Zukunftsprojekt auf den Weg zu bringen, vertan

Die Verwaltungsgemeinschaften nannte der Abgeordnete der Linksfraktion ein Auslaufmodell. Diese seien nicht in der Lage, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Und sehr fraglich sei auch das Gestaltungspotential der 600 Gemeinden in Thüringen mit weniger als 1.000 Einwohnern, so Frank Kuschel. Er unterstrich: „Die kulturelle Identität der Bürgerinnen und Bürger ist nicht abhängig von Verwaltungsstrukturen.“ Sie seien vielmehr daran interessiert, inwieweit Versorgungs- und Kultureinrichtungen erreichbar seien oder ihre Mobilität gewährleistet sei. „Es gibt keine Verwaltungs- und Kreisidenti-

tät. Die Menschen identifizieren sich mit ihren Städten und Gemeinden, „wo sie leben“. „Kulturelle Identität macht sich nicht an allgemeinen Verwaltungsstrukturen fest, davon sind wir überzeugt“, so der LINKE Kommunalexperte.

Mit Bezug auf die unmittelbar vor seiner Rede gehaltene Regierungserklärung von Christine Lieberknecht stellte Frank Kuschel die Frage, ob es es den Zusammenhang von Bürgernähe und Demokratie mit kleinen Strukturen wirklich gebe. Vielmehr seien durch die Vielzahl von Gemeindegliederungsmaßnahmen, die in jüngster Zeit vorgenommen wurden, „neue Konflikte geschaffen“ worden.

Und vor allem habe die Landesregierung „die Chance vertan, für die letzten Monate ein Zukunftsprojekt auf den Weg zu bringen“. Um deutlich zu machen, dass „diese Koalition sich gegenseitig blockiert - dazu bedurfte es keiner Regierungserklärung“.

Dass Frank Kuschel es zudem gewagt hatte, von einem „Höchstmaß an Realitätsverlust“ zu sprechen, das ihn an die Zeit vor 1989 erinnere - dabei seien doch „die Menschen bereit für Reformen“ - sorgte insbesondere für heftige Zwischenrufe aus den Reihen der CDU.

Wie allerdings Frau Lieberknecht in ihrer Reaktion im Landtag auf die Idee kam, „Herr Kuschel“ habe den „Weltschmerz des 20. und 21. Jahrhunderts vorgetragen“, bleibt wohl ihr Geheimnis.

Solidarität und heißer Kaffee aus roten Thermoskannen

Am Morgen vor Beginn der Landtagssitzung am 22. November hatten Beschäftigte des Einzelhandels vor dem Landtag in Erfurt protestiert. Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion, die zu den Demonstranten gesprochen hatte, verwies auf den am Vortag im Landtag „zurecht gescheiterten FDP-Vorstoß zur Aufweichung des Ladenöffnungsgesetzes“ und bekräftigte die Forderungen nach Wiederinkraftsetzung des Manteltarifvertrages. Die Linksfraktion stand - wie jedes Mal - solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Mit heißem Kaffee



aus roten Thermoskannen und Worten der Solidarität gab es Unterstützung durch zahlreiche Abgeordnete der Linksfraktion, darunter Bodo Ramelow, Ute Lukasch - die als neue Abgeordnete der LINKEN ihre ersten Landtagssitzungen „absolvierte“ - und Karola Stange. Einen Euro mehr

pro Stunde und die Sicherung ihrer bisherigen Arbeitsstandards fordern die Einzelhandelsbeschäftigten. Dennoch lehnen es die Arbeitgeber derzeit ab, auch nur ein ernsthaftes Angebot vorzulegen.

„Die starre Position der Arbeitgeber lässt eine weitere Verlängerung des Tarifkampfes erwarten. Die LINKE wird solidarisch an der Seite der Beschäftigten stehen, bis ein vernünftiger neuer Tarifabschluss vorliegt. Es liegt allein an den Arbeitgebern, ob der Tarifkampf auch das diesjährige Weihnachtsgeschäft betreffen wird. Denn Thüringen braucht Gute Arbeit mit guten Löhnen in allen Branchen“, so Ina Leukefeld.

Foto: Stefan Wogawa

„Damit wird der versteckte Rassismus noch verstärkt“

Zwei Jahre nach Aufdeckung des NSU – was hat sich verändert? Die unter diesem Titel veranstaltete Podiumsdiskussion auf der Tagung der Linksfraktion am 14. November im Thüringer Landtag, soviel sei vorweggenommen, markierte vor allem eine Vielzahl offener Probleme.

Sie wurden engagiert angesprochen von allen Teilnehmern im Podium: Mitat Özdemir, Vorsitzender der IG Keupstraße Köln (wo die NSU-Terroristen am 9.6.2004 eine Nagelbombe gezündet und 22 Menschen zum Teil schwer verletzt hatten), Sebastian Schneider vom NSU-Watch, einer unabhängigen Beobachtungsstelle für den Prozess in München, Dorothea Marx (SPD), Vorsitzende des Landtags-Untersuchungsausschusses, Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion und Mitglied im Untersuchungsausschuss, sowie Polizeidirektor Raymond Walk.

„Warum sind immer noch so viele Fragen offen?“, leitete der Journalist Axel Hemmerling auch gleich die Podiumsdiskussion ein, bei der Frau Marx betonte, sie warte „immer noch auf Entschuldigungen von Leuten, die damals Verantwortung getragen haben (...) bei der Vielzahl gravierender Fehler muss mehr kommen an Verantwortungsübernahme und Selbstkritik“.

Warum tut man sich so schwer, Fehler einzuräumen? Das sei schwierig mit der „Fehlerkultur“, er wisse nicht, ob die in Thüringen besonders gut ausgeprägt sei, meinte auch der Polizeidirektor Walk. Und: „NSU hat

uns dermaßen geschadet, wir müssen jetzt über viele Jahre das Vertrauen wieder aufbauen.“ Katharina König unterstrich: „Eine verschwindet geringe Minderheit der Zeugen im Untersuchungsausschuss übernimmt Verantwortung.“ Dabei war man „nicht blind: es gab viele Erkenntnisse in den Behörden“, so Marx – „warum diese nicht zu richtigen Schlüssen geführt haben, ist Sache der Aufklärung; der Grat ist schmal zwischen Nicht-Sehen und Nicht-Sehen-Wollen; wir brauchen Ehrlichkeit und Offenheit, keinen falschen Korpsgeist“.



Sebastian Schneiders Forderung nach Einsicht der Behörden, dass es institutionellen Rassismus gibt, sorgte für eine leidenschaftliche Diskussion auch mit dem Publikum. „Ja, selbstverständlich ist Thüringen rechts“, „sehr rechts“, das habe ja auch die Erhebung der politischen Einstellung über den Thüringen-Monitor ergeben. Katharina König verwies auf verschiedene andere Studien, dass Thüringen „nicht rechter als andere Bundesländer auch ist“ – und „rassistisch, siehe Umgang mit Flüchtlingsheimen in den letzten Wochen“. Raymond Walk wollte jedoch

„energisch dem Eindruck entgegen-treten“, dass die Polizei rechts sei und „deutlich machen, dass wir es mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus ernst meinen“. Er verwies auf Umstellungen in der Ausbildung. Herr Özdemir sprach von einer „kranken Politik, die gemacht wird“ – eine Politik, die eigentlich nicht aufklären wolle – damit werde der „versteckte Rassismus“ noch verstärkt.

„Rassismus ohne Fremde im Land, das hat mich immer schockiert“, sagte Dorothea Marx. Wie könne man von gefährlicher Überfremdung reden bei einem Ausländeranteil von 1,2 Prozent? „Rechte Ideologie und Rassismus kommen aus der Mitte der Gesellschaft.“

Die Migrationspolitikerin der Linksfraktion Sabine Berninger warnte jedoch, die diffusen Ängste seien unabhängig vom Ausländeranteil. Und Katharina König, die dies ausdrücklich bekräftigte, gab zu bedenken:

„Es gibt zu wenig positive Alltagserfahrung mit Menschen mit Migrationshintergrund“. Thüringen müsse „Anreize schaffen für eine positive Willkommenskultur“.

Auch von fehlenden Integrationsstrukturen war die Rede an diesem Abend, den Mitat Özdemir auf seine Weise auf den abschließenden Punkt brachte: „Die Menschen sollten sich auf gleicher Augenhöhe betrachten, das ist sehr wichtig, aber wenn man von oben nach unten sieht, dann haben wir ein Problem.“

Annette Rudolph
Foto: Peter Lahn

**Neuwahlen
in Thüringen jetzt!**
DIE LINKE.

CDU spielt sich auf als Staatsmachtspartei

„(...) die CDU stellt sich hin und sagt, das interessiert uns alles gar nicht, wir lösen die Probleme einen Tag vor unserem Parteitag, bevor unsere wahlkämpfende Spitzenkandidatin in Amt und Würden kommt für die CDU und wir missbrauchen dazu den Thüringer Haushalt sowie die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und das Parlament wird abgeschaltet. (...) Wir haben den Antrag wirklich ernst gemeint und wir meinen ihn heute noch ernster, weil jetzt klar wird (...) hier gibt es eine gestalterische Mehrheit links von einer Partei, die sich als Staatsmachtspartei aufspielt und uns alle in Geiselschaft genommen hat.“

Ich sage, das Verhalten dieser Landesregierung ist parlamentsunwürdig (...). Die CDU hat gestern Abend die Maske fallen lassen, sie ist die Staatsmachtspartei, die allein über das Steuergeld entscheidet nach Gutsherrenart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie diesem traurigen Spiel ein Ende! Haben Sie die Kraft, in diesem Hohen Haus deutlich zu sagen, die Landesregierung soll aufgefordert werden, zurückzutreten und darüber den Weg freimachen für Neuwahlen.“

Bodo Ramelow zum Antrag der LINKEN „Aufforderung zum Rücktritt“ am 22. November im Landtag. Video der Rede: <http://www.die-linke-thl.de/mediathek/video/youtube/>

FRAKTION IN AKTION

Landesbeauftragte

Bislang hat es neben den männlichen Beauftragten für Datenschutz, für Menschen mit Behinderungen und für das Zusammenleben der Generationen vier weibliche Landesbeauftragte gegeben. Diese Zahl wurde mit der Wahl des Bürgerbeauftragten sowie des Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 22. November im Thüringer Landtag um die Hälfte gekürzt. Übrig bleiben lediglich die Ausländer- und die Gleichstellungsbeauftragte.

„Das ist gelebte Geschlechterdiskriminierung“, erklärte dazu Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Damit zeigen CDU und SPD mit ihrer Landesregierung einmal mehr, dass die Frauenförderung in Thüringen keinen Pfifferling wert ist.“

Gegen Stromtrasse

Die Bürgerinitiativen gegen den Bau der 380-kV-Trasse durch den Thüringer Wald – nach wie vor engagiert unterstützt von der LINKEN Landrätin des Ilm-Kreises Petra Enders – geben auch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. Juli zur Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses nicht auf und sehen in der Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht ein wichtiges Mittel, die Notwendigkeit des Trassenbaus erneut zu hinterfragen. Im Vorfeld einer Pressekonferenz, getragen auch vom LINKE-Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow, wurde auf ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags verwiesen, das zum Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen bereits im Jahr 2009 verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet hatte.

Jetzt Plan Bildung!

Bildungskonferenz

Die Thüringer Bildungslandschaft ist im Wandel und hat zum Teil mit erheblichen Problemen zu kämpfen.

Mit dieser Konferenz möchte die Landtagsfraktion DIE LINKE einen Beitrag in der aktuellen Bildungspolitik im Freistaat leisten und sich über Möglichkeiten und Ziele im Bildungswesen intensiv austauschen.

Wir sind der Überzeugung, dass Thüringen einen Plan B, einen Plan für ein geschlossenes, emanzipatorisches und demokratisches Bildungswesen, dringend nötig hat.

Samstag, 07. Dezember 2013
9.00 - 18.00 Uhr

Integrierte Gesamtschule Erfurt
Wendenstraße 23, 99086 Erfurt



DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de

thueringen-fair-aendern: Dazu die Themenmatrix

Das jüngste Projekt der Landtagsfraktion ließe sich durchaus philosophisch betrachten. Schon im fünften Jahrhundert vor Christus stellte der Vorsokratiker Anaxagoras fest: „Alles ist in allem enthalten.“ Keine Sache kann ganz ohne eine andere sein – überall gibt es Gemeinsamkeiten und Zusammenhänge.

Wir können auch praktisch an die Sache herangehen: Bessere Ausstattungen für Bibliotheken lassen sich nur erreichen, wenn die Kommunen das Geld dafür in die Hand bekommen. Wenn Bildung alle erreichen soll, muss der soziale Aspekt der Gebührensfreiheit mitgedacht werden. Um in Zeiten des demografischen Wandels den ländlichen Raum lebendig zu halten, muss dort medizinische Versorgung genauso angeboten werden, wie schnelles Internet und öffentlicher Personennahverkehr. Alles ist in allem enthalten.

Mit diesen Zusammenhängen haben sich die LINKE-Abgeordneten in den letzten Wochen ausführlich befasst. Nachdem Bodo Ramelow im Frühsommer die Idee einer Themenmatrix hatte, in der konkrete landespolitische Vorschläge miteinander verwoben werden, stand am Ende des Diskussionsprozesses eine Matrix, in der sich zwölf Themengebiete miteinander treffen. Jeder Schnittpunkt steht für ein Politikziel:

- Soziales Thüringen
- Gute Bildung für alle von Anfang an
- Thüringen 2.0 – überall digital und sicher
- Lebenswert – auf dem Land und in der Stadt
- Ganzheitlicher, nachhaltiger Tourismus
- Mobilität – Gleiche Teilhabe und Inklusion
- Thüringer Energiewende
- Kulturland Thüringen
- Gelebte Demokratie
- Moderne Verwaltung – Stärkung des Öffentlichen
- Vielfalt leben – Rassismus und Ausgrenzung entgegenreten

Die Abgeordneten und MitarbeiterInnen haben zu allen 66 Schnittpunkten kurze Texte verfasst, die das jeweilige politische Projekt erklären und – wichtig für die geplante Veröffentlichung im Internet – zu Kommentaren anregen.

So hat die Fraktion z.B. am Verbindungspunkt von Bildung und ländlichen Raum den Erhalt kleiner Schulen als Ziel notiert. Im dazugehörigen Text wird erläutert, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit Schulen mit einer sehr geringen Schülerzahl erhalten bleiben können, um den Kindern längere Schulwege zu ersparen. Durch die Verwobenheit der Matrix war für die Erarbeitung der Inhalte viel Themen übergreifende Zusammenarbeit zwischen den Ressorts der Fraktion notwendig.

Die Abgeordneten und MitarbeiterInnen haben es dabei gut verstanden, auch jenseits der klassischen Arbeitsstrukturen gemeinsam an den Vorschlägen zu arbeiten. Herausgekommen ist ein bunter Teppich von Ideen, die aber alle miteinander verknüpft und aufeinander abgestimmt sind.

Auf den ersten Blick scheint die Themenmatrix ein sehr komplexes Gebilde zu sein, aber das System ist vielen Menschen bekannt – beispielsweise aus Umrechnungstabellen im Schulunterricht. Sobald das Prinzip durchschaut ist, entsteht beim Betrachter Spannung, wie die Schnittpunkte scheinbar ganz unterschiedlicher Politikbereiche gefüllt sind. Er beginnt, die Linien, die von den Überschriften ausgehen, zu verbinden,

kann in kürzester Zeit herausfinden, welchen Vorschlag wir zu den Themen haben, die ihn bewegen.

Fester Bestandteil der Matrix ist eine Reihe von größeren Politikzielen, die mit den konkreten Vorschlägen erreicht werden sollen. Diese Liste von Visionen dient dazu, die Sammlung einzelner Projekte einzuordnen und damit auch besser als LINKE Politik kenntlich zu machen.

Die Fraktion hat sich unter der Überschrift „Wohin wir damit wollen“ auf folgende Punkte festgelegt: Soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze, faire Löhne, Zuwanderung, Kinderfreundlichkeit, Intakte Umwelt, Bezahlbare Mieten & Nebenkosten, Teil-



habe, Inklusion, Rekommunalisierung, gesunde öffentliche Finanzen, kommunale/öffentliche Innovationskraft, Wertschöpfungskette verlängern, Thüringer Kapitalstock verbreitern, Rechtsgewährung und -sicherheit, gläserne Verwaltung

Die Matrix wird auf einer eigenen Internetseite veröffentlicht. Zentraler Aspekt des Webangebots ist die Kommentarfunktion. Damit soll die Matrix weiterentwickelt werden, wobei der Grundgedanke, dass alles mit allem zusammenhängt, nicht mehr verloren gehen kann.

Anaxagoras hätte sicher seine Freude an dem Projekt gehabt.

Frank Schenker

KURZ UND PRÄGNANT

Pflegeversicherung

Die Forderung der LIGA der Wohlfahrtsverbände nach einer Reform der Pflegeversicherung wird von der Linksfraktion unterstützt. „Dabei ist ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff, der den Erhalt der Lebensqualität zum Kern hat, längst überfällig. Zur Umsetzung brauchen wir aber mehr Geld im System“, betonte MdL Jörg Kubitzki. Entweder werde die Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung umgewandelt oder die Kosten der Pflege müssten steuerfinanziert werden. Steuerfinanzierung setze natürlich Steuererhöhungen für Besserverdienende und eine Reichensteuer voraus. „Mehr Geld im System der Pflege ermöglicht auch eine Pflege, die auf die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen ausgerichtet ist, und eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte.“

Ökologischer Landbau

Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright, bewertet das neu aufgelegte Förderpaket für den ökologischen Landbau als unzureichend. „Wenn man bedenkt, dass der Anteil an ökologisch bewirtschafteter Fläche in Thüringen mit 4,6 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, dann ist dieser ‚ÖkoKompakt‘ kein großer Wurf. Prämien-erhöhungen sind sicherlich für die Ökobetriebe erfreulich, ob dies aber ausreichend ist, um ökologischen Landbau in Thüringen wieder wettbewerbsfähig zu machen, ist fraglich“, so die Abgeordnete.

Pressemitteilungen der LINKE-Fraktion: <http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/>

NACHRICHTEN

Eltern-Kind-Zentren

Über die Erfolgsgeschichte ihres Modellprojekts, die Kita „Am Schreiberweg“ in Gera (Träger dieser Einrichtung mit einer Platzkapazität von 265 Kindern ist die Volkssolidarität) zu einem Eltern-Kind-Zentrum weiterzuentwickeln, berichteten in der Sitzung der Linksfraktion im Landtag am 20. November Cornelia Reller und Heike Schikora. Ihr spannender Vortrag und die anschließende Diskussion konnten per Livestream auf der Fraktionsseite im Internet verfolgt werden. Die LINKE Familienpolitikerin Margit Jung betonte die generelle Notwendigkeit von Eltern-Kind-Zentren und forderte eine entsprechende Novellierung des Thüringer Kita-Gesetzes.

Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Kinder erhalten zusätzliche Angebote und Förderung, Eltern werden in ihrer Erziehungskompetenz unterstützt und können auch bei Problemen



Hilfe bekommen durch Sprechstunden verschiedenster Art, aber auch durch die vielfältigen Netzwerke, die bei solchen Zentren entstehen und diese bereichern. Nicht zuletzt könnten sie sich als letzte verbliebene soziale Zentren im ländlichen Raum auch nach außen öffnen. Mit einem entsprechenden Landesprogramm müssten die Kapazitäten dafür geschaffen werden.

Zinsabzocke stoppen

„Die Banken können sich derzeit mit sehr billigem Geld versorgen, geben aber die vorteilhaften Bedingungen nicht an ihre Kunden weiter. Die ‚Gewinnschere‘ klappt besonders bei den Dispozinsen auseinander. Daher fordert die LINKE im Sinne des Verbraucherschutzes eine gesetzliche Deckelung der Dispozinssätze bei fünf Prozent über dem Basiszins“, so die Abgeordnete der Linksfraktion Diana Skibbe mit Verweis auf einen entsprechenden Gesetzentwurf der Fraktion. Für die Thüringer Sparkassen sollte die Regelung durch eine Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes bindend werden. Für die anderen Banken hat der Landesgesetzgeber keine Regelungskompetenz, daher soll sich die Landesregierung im Bundesrat für eine gesetzliche Regelung für alle Banken in Deutschland einsetzen.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags im Jahr 2013 finden vom 18. bis 20. Dezember statt, die ersten im neuen Jahr 2014 vom 22. bis 24. Januar.

Tourismuspolitik:

„Tourismus auf dem Lande - Situation und Entwicklungsperspektiven“, lautet der Titel einer öffentlichen Fachtagung der Linksfraktion am Donnerstag, den 5. Dezember, 10 bis 15 Uhr, im Fröbelsaal des Rathauses von Bad Blankenburg.

Aktuelle Informationen am laufenden Band unter: www.die-linke-thl.de

CDU geht von „Bodo Ramelow oder Christine Lieberknecht“ aus

Die CDU Thüringen hat am 23. November in Gera ihre Landesvorsitzende Christine Lieberknecht „per Akklamation“ zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2014 „ernannt“, wie es in einem Meldung der Partei heißt. Das Votum auf dem Parteitag soll einstimmig erfolgt sein. Der Vorgang hat allerdings keine wahlrechtliche Relevanz, denn die CDU-Landesliste ist noch nicht gewählt.

Ministerpräsidentin Lieberknecht weht derzeit politisch wie juristisch ein rauer Wind ins Gesicht. Eine Ankündigung von Finanzhilfen für die Kommunen wurde in der Öffentlichkeit schnell als durchsichtiges Wahlkampfmanöver erkannt.

Zudem wird gegen Lieberknecht wegen des Verdachts der Untreue ermittelt, der Landtag hat ihre Immunität aufgehoben. Bei der Landtagswahl 2009 war die CDU mit dem wegen fahrlässiger Tötung verurteilten

Dieter Althaus als Spitzenkandidaten angetreten und dramatisch abgestürzt. Als Gastredner begrüßte die CDU zunächst ihren Parteifreund Stanislaw Tillich, den Ministerpräsidenten von Sachsen. Der frühere DDR-Nomenklaturkader, Grenztruppenangehörige und Lehrgangsteilnehmer an der „Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR“ bezeichnete Sachsen und Thüringen farsch als „Kernländer der CDU in Deutschland“.

Die politische Analyse war Bernhard Vogel vorbehalten. Er forderte die CDU dazu auf, zu „verhindern, dass Thüringen das erste Bundesland mit einem linken Ministerpräsidenten wird“. Bei der Landtagswahl 2014 werde laut Vogel die Alternative lauten: „Bodo Ramelow oder Christine Lieberknecht“ - eine erstaunlich offene Einschätzung. Auf ihrem Parteitag verbreitete die CDU indes nicht nur aufgesetzten Optimismus und schwülstiges Pathos wie „Wir lieben

Thüringen“. Ein weiterer, beim Parteitag genutzter Slogan lautete „Zukunft braucht Herkunft“. Er lässt an die rassistische Kampagne der CDU-Kampfbroschüre „Junge Union“ 2009 gegen Bodo Ramelow denken, der als „falscher Thüringer“ diffamiert wurde. Die Kampagne war seinerzeit von der NPD aufgegriffen und gegen einen dunkelhäutigen CDU-Politiker genutzt worden. Deswegen wurde ein NPD-Funktionär wegen Beleidigung verurteilt.

Die Thüringer FDP hat ihre Landesliste zur Landtagswahl bereits gewählt. Auf Platz 1 steht der Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Uwe Barth. Auch auf den Plätzen zwei bis sechs der Liste finden sich ausschließlich Landtagsabgeordnete. Wahrscheinlich wird Barth die FDP in Thüringen wieder in die außerparlamentarische Opposition führen.

Stefan Wogawa

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Staatsparteien

Gleich mit 100 Prozent ist Christine Lieberknecht zur Spitzenkandidatin der CDU Thüringen ausgerufen worden (per Akklamation, das Wort kommt vom lateinischen *acclamatio*: Zuruf, rufen).

100 Prozent - mehr geht nicht! Parallel war in CDU-Kreisen auch noch davon die Rede, Lieberknecht sei zur Spitzenkandidatin „gekürt“ oder „ernannt“ worden. Letzteres klingt freilich langweilig, wie „wurde zum Gefreiten ernannt“. Noch besser ist sicher „gekürt“ - es war ja mit dem ewig lächelnden Bernhard Vogel immerhin einer der diversen CDU-Sonnen- und -Schuldenkönige anwesend, in dessen Amtszeit als Ministerpräsident allein die Schulden im Kernhaushalt des Freistaates auf über 13 Milliarden Euro angestiegen waren.

Die Medien haben die Chancen solcher Superergebnisse jedenfalls erkannt: „CSU-Chef Seehofer mit historischem Ergebnis gekürt“, meldete die erzkonservative „Welt“. Wobei das Adjektiv „historisch“ dann wohl doch eher Christine Lieberknecht zusteht. Immerhin: der CSU-Fürst war auf einem Parteitag in München mit 95,3 Prozent der Stimmen als Vorsitzender bestätigt worden (und das just am selben Tag, an dem Lieberknechts Akklamation erfolgte). Die CDU machte aus der Gelegenheit flugs eine behauptete Tugend: man habe die „Spitzenkandidatur eindeutig geklärt (...), während die anderen Parteien zerstritten sind“. Erklärte der Generalsekretär (!) der CDU Thüringen, Mario Voigt.

Sogar gewählt hat aber die FDP: deren Vorturner Uwe Barth erreichte nur 80 Prozent; „sozialistisch“ höhnte ein FDPler in Richtung CSU (Lieberknechts Score konnte er wohl nicht). Denn egal ob gekürt, gekürt oder bloß ernannt: solche Wahlergebnisse macht den Staatsparteien so leicht keiner nach, egal ob diese nun CDU, CSU oder SED heißen!

Von Nächstenliebe, Krimis und Büchern zum Selber(vor)lesen



Am 10. bundesweiten Vorlesetag, der am 18. November im Kalender stand, beteiligten sich auch zahlreiche Landtagsabgeordnete der LINKEN in ihren Wahlkreisen. Die Kulturpolitikerin und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Dr. Birgit Klaubert, las den Schülern der 1. Klasse der Grundschule Karolinum in der Stadtbibliothek Altenburg spannende Geschichten vor. Ihre Wahlkreismitarbeiterin Gabi Porzig berichtete:

„Viele der 22 Erstklässler befinden sich zum ersten Mal in einer Bibliothek und harren beinahe ehrfurchtsvoll der Dinge, die da kommen. Nicht dass den Kindern noch nie jemand vorgelesen hat, aber in einer solchen Umgebung, inmitten unzähliger Bücher... Birgit Klaubert liest aus Geschichten für junge Erstleser. Wie passend, die allermeisten hier beginnen gerade erst, Lesen zu lernen. Die erste Geschichte heißt 'Sankt Martin und der kleine Bär' und handelt von

der Nächstenliebe des heiligen Martin, der vor langer, langer Zeit seinen Umhang zerriss, um die eine Hälfte einem frierenden Bettler zu schenken. Angetan vom Beispiel des selbstlosen Ritters überlässt auch der kleine Bär beim Sankt-Martins-Umzug seinen Lampion einem traurigen Jungen, welcher seine Laterne verloren hat. Eine schöne Geschichte, kann doch der kleine Bär am Ende einen Lampion gemeinsam mit seiner Freundin tragen. Anschließend stimmen alle Kinder mit ein 'Ich geh' mit meiner Laterne...'

Bei den nächsten beiden Geschichten wird es richtig spannend. Birgit Klaubert liest knifflige Detektivgeschichten vor, bei denen die Kinder mitraten können. Es geht um Diebstahl, Lügen und fingierte Entführungen. Ganz schön aufregend das Ganze und gar nicht so einfach zu lösen...

Die letzte Geschichte 'Anton und die Blätter' ist ganz kurz. Zum Glück, denn nach einer Dreiviertelstunde

kommt normalerweise das Pausenklingeln. Hier endet die Geschichte allerdings mit den Worten '... und jetzt gibts Saft und Kuchen'. Das klingt doch noch viel besser, besonders weil es nun tatsächlich Saft und ein paar Kekse zum Knabbern gibt.

Zu guter Letzt hat Birgit Klaubert noch eine Überraschung parat. Da alle die ganze Zeit so aufmerksam zugehört und fleißig mitgemacht haben, bekommt jedes Kind ein eigenes kleines Büchlein zum Selber(vor)lesen geschenkt. Die anderen Bücher in der Bibliothek kann man auch mit nach Hause nehmen und lesen.

Dafür muss man sich aber bei der Bücherei anmelden, erklärt Bibliotheksleiterin Christina Hantke-Ziese. Doch spätestens am Ende des Schuljahres, verspricht die Klassenlehrerin Frau Knechtel, steht ein weiterer Besuch in der Stadtbibliothek Altenburg an, bei dem alle Kinder einen Leserausweis bekommen können.

IMPRESSUM

Vierseitige Ausgabe des LINKE PARLAMENTSREPORT; erscheint auch in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.